

& betrieb gewerkschaft

Intern

Ausgabe 1/März 2008/11. Jahrgang

www.betriebundgewerkschaft.de

Herausgegeben vom BundessprecherInnenrat der AG Betrieb & Gewerkschaft der Partei DIE LINKE.

Welch eine vertane Chance für unser Land!

Eine erfolgreiche Ypsilanti hätte weit über Hessen hinaus Wirkung gezeigt, die der Bertelsmann Stiftung und der Initiative „Neue Soziale Marktwirtschaft“ überhaupt nicht in den Kram gepasst hätten. Welch eine vertane Chance dem Neoliberalismus weit mehr als einen Wirkungstreffer zuzufügen!

Mit Hermann Scheer und den Grünen wäre es zu einer Materialwerdung alternativer Energien gekommen, die Studiengebühren wären gefallen, eine andere Vergaberichtlinie öffentlicher Aufträge stand in Aussicht mit der Option, den Mindestlohn in Teilbereichen zu realisieren, vieles wäre möglich geworden, was unter der Agendapolitik gar nicht mehr gedacht wurde, weil es alles Alternativen waren, die es nicht geben durfte.

Und worüber stolperte Ypsilanti letztlich? Über den dumpfbackigen Antikommunismus.

Es hat für einen ganz großen Schritt in Hessen nicht gereicht. Also machen wir wie bisher halt viele weitere kleine. Rein auf uns bezogen hat es ja was gebracht: Noch nie waren wir bei Umfragen so hoch wie im Moment. Aber wir wollen Veränderung für die Menschen, nicht Umfragewerte. Also auf gehts!

Stefan Dreher

Klassenkampf und „Gute Arbeit“ Bundestreffen der AG Betrieb und Gewerkschaft am 1./2.03.2008 in Berlin

„Alleine die Forderung nach acht Prozent mehr Lohn und Gehalt hat uns tausende neue Mitglieder gebracht“, so Margret Mönig-Raane stellvertretende Bundesvorsitzende der Gewerkschaft ver.di auf dem Bundestreffen der AG Betrieb und Gewerkschaft der Partei DIE LINKE.

Margrets Beitrag und die anschließende Diskussion machten deutlich, dass klare Forderungen und ein deutliches Eintreten für diese die Möglichkeit bieten, verlorenes Vertrauen in die Gewerkschaften und eine bessere Handlungsfähigkeit zurück zu gewinnen

Aber nicht nur die Auseinandersetzung im Öffentlichen Dienst auch weitere Tarifikämpfe bedürfen der Aufmerksamkeit und der Unterstützung durch DIE LINKE. Die Kolleginnen und Kollegen des Einzelhandels kämpfen seit Monaten um einen Tarifabschluss. Bisher vergeblich. Nicht zuletzt deshalb, weil die Förderung von Minijobs vor allem durch die Schröder/Fischer-Regierung die Handlungsfähigkeit der Gewerkschaft im Einzelhandel deutlich erschwert hat. Erschreckend wie stark der Anteil von Vollzeitarbeitsstellen gerade in diesem Bereich zurückgegangen ist.

Inhaltsverzeichnis:

G. Kemski:	Klassenkampf und „Gute Arbeit“	S. 1
S. Wils:	Flexicurity, was ist das und worum geht es?	S. 3
Beschluss:	Arbeit wieder sicherer machen!	S. 4
Beschluss:	Resolution zum Tarifkonflikt im Öffentlichen Dienst:	S. 6
Personelles		S. 7
S. Stamm:	Mehr Zeit zum Leben, Lieben, Lachen . . .	S. 8
S. Danowski:	Brandenburg: Die Landes-AG hat sich neu formiert	S. 9
Hamburg:	Gewerkschaftskonferenz im Bürgerhaus Wilhelmsburg	S. 9
H.-St. Förster:	Mecklenburg-Vorpommern: „Arm trotz Arbeit...“	S. 10
G. Ungers:	Saarland: AG Betrieb & Gewerkschaft an der Saar	S. 10
K. Zais:	Sachsen: ... Leiharbeiter	S. 11
St. Dreher:	Ba-Wü: Gründungsversammlung der Landes-AG	S. 12
Duisburg:	Solidarität mit Nokia-Beschäftigten	S. 13
E. Rogée:	Sachsen-Anhalt: Tarifrunde 2008 und Mind.-Lohn am Bau	S. 14
G. Kemski:	Wien: Mindestlohn in ganz Europa	S. 14
	Resolution des GewerkschafterInnennetzwerkes in und bei der EL	S. 15
	Terminplaner	S. 16



Der Einsatz von Streikbrecherinnen und Streikbrechern tut ein Übriges. Gerade deshalb sind wir als Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter der LINKEN gefordert auch mit kreativen und wirkungsvollen Aktionen als Kundinnen und Kunden die Kämpfe von *ver.di* im Einzelhandel zu unterstützen. Klassenkampf muss auch von unserer Seite aus betrieben werden.

Der Versuch, die Gewerkschaften zu schwächen findet allerdings nicht nur im *ver.di*-Bereich statt, sondern beispielsweise auch im KFZ-Gewerbe, wo in NRW und anderswo versucht wird tarifvertragsfreie Zonen durchzusetzen.

Die Auseinandersetzung im Öffentlichen Dienst verdient aber besonderes Augenmerk. Nicht nur, weil da Bundespolitikerinnen und -politiker, die jetzt von der Notwendigkeit kräftiger Lohnerhöhungen reden, die Hosen runter lassen müssen. Auch deshalb weil sich gerade an dieser Stelle auch entscheidet welchen Stellenwert Politik und Gesellschaft der sozialen Daseinsvorsorge zumessen. Die Kampagne „genug gespart!“ bringt dies auf den Punkt.

Die Solidaritätsresolution zum Tarifkampf im Öffentlichen Dienst wurde einstimmig angenommen. Als besonders wichtig wurde in der Debatte dazu deutlich, dass wir ganz entschieden dagegen sind Arbeitszeitverlängerungen als Tauschgeschäft gegen Lohnerhöhungen zu akzeptieren. Sinnvoll wäre es vielmehr den Gedanken der Arbeitszeitverkürzung in die Debatte einzubringen.

Flexicurity Strategie durchkreuzen

Die Auseinandersetzung mit der Flexicurity-Strategie auf EU-Ebene nahm zu Recht einen großen Raum auf dem Bundestreffen ein. *Klaus Dräger* Mitarbeiter der Linksfraktion im EU-Parlament entlarvte die sozial reaktionären Machenschaften, an denen auch sehr massiv der Arbeits- und Sozialminister der Bundesrepublik Deutschland *Olaf Scholz* beteiligt ist.

Günter Kasch, Gewerkschaftssekretär beim Vorstand der IG Metall stimmte den Ausführungen von *Klaus Dräger* zu und stellte das Konzept „Gute Arbeit“ der IG Metall als quasi Gegenentwurf zu der Flexicurity-Strategie vor.

Sabine Wils und *Barbara Borchardt*, Bundessprecherinnen der AG brachten eine Resolution „Arbeit wieder sicherer machen!“ ein, die unsere Position als Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter der Partei DIE LINKE zum Thema Flexicurity beschreibt. Diese Resolution wurde nach intensiver Debatte und unter Aufnahme zahlreicher

guter Hinweise bei einer Enthaltung verabschiedet.

Gegen die Altersarmut

Das Bundestreffen beschäftigte sich auch mit der bevorstehenden wichtigen Kampagne gegen die Rente ab 67. *Alexander Fischer*, Mitarbeiter der Bundestagsfraktion machte relativ schnell deutlich, wie die bundesdeutsche Politik hier ganz massiv Altersarmut befördern will.

Gleichwohl ist klar, dass sich im Herbst 2008 die Auseinandersetzung, an der sich DIE LINKE mit einer eigenen Kampagne beteiligen wird, zuspitzen wird und in das Wahljahr 2009 hineinwirkt. Da die Herrschenden real keine Mehrheit der Bevölkerung in dieser Frage hinter sich haben, besteht bei entsprechender Mobilisierung durchaus die Möglichkeit Erfolge zu erringen.

Wachstumsprobleme

Aus allen Bundesländern mit Ausnahme von Thüringen und Rheinland/Pfalz waren Mitglieder der AG Betrieb und Gewerkschaft auf dem Bundestreffen vertreten. Gleich zu Beginn konnten wir berichten, dass zum Zeitpunkt des Bundestreffens 1.125 Mitglieder der Partei DIE LINKE Mitglied der AG Betrieb und Gewerkschaft sind – Tendenz steigend. Damit sind wir nicht nur der stärkste Zusammenschluss in der Partei, wir wollen auch noch mehr werden.

Wie wir bei diesem Wachstum miteinander umgehen und uns organisieren, dazu gab es einen Entwurf einer Satzung, die jetzt in den Ländern diskutiert werden soll.

Gleichwohl haben wir schon Punkte gesetzt. In Niedersachsen, Hessen und Hamburg ist nicht nur die Partei DIE LINKE in die Landesparlamente eingezogen. Auch bekannte Mitglieder der AG Betrieb und Gewerkschaft sind dabei, so z.B. in Hessen *Hermann Schaus*, in Niedersachsen u.a. *Manfred Sohn* und *Marianne König* in Hamburg *Elisabeth Baum* und *Kersten Artus*.

Aus nahezu allen Bundesländern gibt es Zeichen, dass sich die AG stabilisiert und entwickelt. So sind wir auch in Brandenburg „wieder auf der Spur“ wie *Susanne Danowski* zu berichten wusste. Einen besonderen Erfolg gab es aus Niedersachsen zu berichten. Bei den *Stahlwerken Peine-Salzgitter* gibt es die erste (uns bekannte) Betriebsgruppe der Partei DIE LINKE mit immerhin 17 Mitgliedern, die auch schon im Landtagswahlkampf eingegriffen hat. Da können wir nur sagen: Mehr davon.

Gerald Kemski



Flexicurity, was ist das und worum geht es?

Als erstes möchte ich das Wortungetüm Flexicurity erläutern: Das Wort ist aus den Wörtern Flexibility (Flexibilität) und Security (Sicherheit) zusammengesetzt.

Und worum geht es inhaltlich?

Das Flexicurity-Konzept ist ein Teil der Lissabonstrategie der Europäischen Union. Hier wurde festgeschrieben, dass die EU bis 2010 zum „wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensgestützten Wirtschaftsraum der Welt“ entwickelt wird.

Bei dem „Flexicurity-Konzept“ geht es angeblich um die Balance zwischen Flexibilität und Sicherheit auf dem Arbeitsmarkt. Doch das Konzept der „neuen Sicherheit“ fordert die Anpassungsfähigkeit der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einseitig durch Flexibilität an den globalen Strukturwandel im Kapitalismus des 21. Jahrhunderts.

Ein Angriff auf das Standardarbeitsverhältnis, qualifizierte Berufsausbildungen und die reguläre wöchentliche Arbeitszeit!

Die Europäische Kommission will die Segmentierung der Arbeitsmärkte in Kernbelegschaften mit Standardarbeitsverhältnissen und (atypischen) prekären Arbeitsverhältnissen überwinden. Daher soll die Flexibilität der Arbeitsmärkte gesteigert werden. Der Kündigungsschutz soll abgebaut werden. Der Sozialschutz soll die Mobilität fördern, nicht hemmen. Also soll das Arbeitslosengeld gesenkt werden. Lebenslanges Lernen soll angeblich die Sicherheit bieten, wieder eine neue Beschäftigung zu finden. In diesem Zusammenhang steht auch der Angriff auf die qualifizierten Berufsausbildungen mit dem Konzept der Modularisierung. Die Berufsausbildung soll nur noch in „Bausteinen“ erfolgen. Die Ausbildung umfasst dann nur die Minimalqualifikation, die gerade auf dem Arbeitsmarkt von den Unternehmen für einen niedrigen Lohn gebraucht wird. Diese Strategie treibt junge Menschen in prekäre Arbeitsverhältnisse!

Die wöchentliche Arbeitszeit soll erhöht werden. Das EuGH-Urteil zum Bereitschaftsdienst und zu den Ruhezeiten soll mit der Revision der Arbeitszeitrichtlinie kassiert werden. Bundesarbeitsminister Olaf Scholz will hier sogar ermöglichen, dass die wöchentliche Arbeitszeit über 60 Stunden hinaus gehen kann.

Im Januar 2007 hat der Rat der Arbeits- und Sozialminister „Gute Arbeit“ lediglich als Begriff, nicht aber als Programm für mehr Sicherheit verankert.

Die Nationalstaaten sollen das Flexicurity-Konzept umsetzen. Gerhard Schröder hat schon 2002 bei den Bundestagswahlen die „Sicherheit im Wandel“ propagiert. Mit dem Konzept „Fordern statt Fördern“ wurde das Arbeitslosengeld mit der Gegenleistung, jede Arbeit annehmen zu müssen, verbunden. Mit der AGENDA 2010 wurden die uns bekannten Maßnahmen zum Abbau der sozialen Sicherheit umgesetzt.

Das Fazit: Der EU-Ansatz für Flexicurity ist eher **Flexploitation**, das heißt Flexibility und Exploitation,



auf Deutsch: **Flexibilisierung und Ausbeutung!**

Das Flexicurity-Konzept, ein Angriff auf das deutsche Arbeitsrecht

Arbeitsminister Olaf Scholz kündigte im Februar 2008 in einem Gespräch mit dem Nachrichten-Magazin DER SPIEGEL an, das unübersichtliche deutsche Arbeitsrecht neu ordnen zu wollen. „Es gibt das Konzept der Bertelsmann-Stiftung für ein neues Arbeitsvertragsgesetz“, sagte er. „Das würde den heutigen Wirrwarr durchschaubarer machen, ohne das geltende Recht zu Lasten von Arbeitnehmern oder Arbeitgebern zu verändern.“ (Quelle Spiegel ONLINE vom 16.2.2008)

Was haben wir von einem Konzept der Bertelsmann-Stiftung für ein neues Arbeitsvertragsgesetz vor dem Hintergrund des Flexicurity-Konzeptes zu erwarten?

Zu einer ersten Bewertung unter anderem mit der Fragestellung „**Das Arbeitsvertragsgesetz – Wunschtraum oder Alptraum?**“ lädt die Vereinigung Demokratischer Juristinnen und Juristen e.V., Arbeitskreis Arbeitsrecht in Zusammenarbeit mit dem Ressort Arbeitsrecht beim Hauptvorstand der IG Metall zu einer Fachtagung ein:

Samstag, 5. April 2008, 10:30 Uhr bis 16:00 Uhr, IG Metall Vorstandsverwaltung (Mainforum), Wilhelm-Leuschner-Str. 79, Frankfurt am Main

Das Programm, Anmeldung und die Teilnahmegebühren findet ihr unter folgendem Link: www.vdj.de. Bitte werbt bei den Fachleuten für Arbeitsrecht in unserer Partei, in unseren Fraktionen und im gewerkschaftlichen Umfeld für die Teilnahme an dieser Fachtagung.

Bitte verbreitet auch den Beschluss unseres Bundestreffens vom 1./2. März „Arbeit wieder sicherer machen!“. Diesen Beschluss zum Flexicurity-Konzept der EU findet ihr auch in dieser Ausgabe der b&g intern.

Arbeit wieder sicherer machen!

I. Ausgangssituation:

- Auf einem Sondergipfel der europäischen Staats- und Regierungschefs im März 2000 wurde in Lissabon die „Lissabon Strategie“ verabschiedet. Hier wurde festgeschrieben, dass die EU bis 2010 zum „wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensgestützten Wirtschaftsraum der Welt“ entwickelt wird. Die ersten Schritte zur Umsetzung in Deutschland finden insbesondere im Konzept von Hartz und in der AGENDA 2010 statt.
- Bei seinem Treffen am 22./23. März 2005 bekräftigte der Europäische Rat die Lissabonner Wachstumsziele. Jeder Mitgliedstaat sollte eigene nationale Reformprogramme erstellen, um unternehmensfreundlichere Rahmenbedingungen zu schaffen. Das Grünbuch „Arbeitsrecht“ ist ein Bestandteil dieser Strategie.
- Im Oktober 2007 wurde in einer Mitteilung der Kommission eine Bestandsaufnahme zum Diskussionsprozess veröffentlicht. Hier wurde mitgeteilt, dass etwa 450 Stellungnahmen eingegangen sind, im weiteren Verfahren nicht ein Gesamtkonzept erstellt wird, sondern einzelne Themen wie z.B. Arbeitszeitrichtlinie, Leiharbeitsrichtlinie, eventuell die Entsende-richtlinie usw.
- Zur weiteren Umsetzung im Rahmen der Lissabon-Strategie und in Auswertung der Erkenntnisse im Grünbuch „Arbeitsrecht“ haben die Arbeits- und Sozialminister der EU am 5. Dezember 2007 die Grundsätze für das Flexicurity-Konzept mit 8 Prinzipien beschlossen.
- Der Bundesrat hat im September einen Beschluss zu Flexicurity gefasst (Bundesrat, Drucksache 470/07, 21.9.2007). Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber profitieren nach Ansicht des Bundesrates von mobilen und flexiblen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. Sie können schneller auf verschiedene Wirtschaftslagen reagieren und ihre Betriebe so im globalen Wettbewerb konkurrenzfähig halten.

Unter Flexicurity versteht der Bundesrat dabei eine Politik, die auf einen Ausgleich zwischen Flexibilität und Sicherheit gerichtet ist und die nicht vorrangig den Schutz des einzelnen Arbeitsplatzes, wohl aber den jeder einzelnen Arbeitnehmerin und jedes einzelnen Arbeitnehmers in den Mittelpunkt stellt.

- Tatsächlich geht es um den Abbau des Kündigungsschutzes, die Verschärfung der „aktivierenden Arbeitsmarktpolitik“, die Verlängerung der Lebensarbeitszeit und Kostendämpfung bei den Ren-

ten sowie um die Verlängerung der Arbeitszeiten. Der Bundesrat weist darauf hin, dass im Rahmen der Flexicurity-Diskussion die betroffenen Politikbereiche verzahnt werden müssen und fordert deshalb die Bundesregierung auf, bei den Arbeitsmarkt-, Sozialpolitik- und Arbeitsrechtsreformen die Flexicurity-Erfordernisse zu berücksichtigen. Zur Umsetzung wurden weitere Schritte eingeleitet, wie die Vorlage eines Entwurfes im Auftrag der Bertelsmann Stiftung für ein Arbeitsvertragsgesetz.

- Arbeitsminister Olaf Scholz kündigte im Februar 2008 in einem Gespräch mit dem Nachrichten-Magazin DER SPIEGEL an, das unübersichtliche deutsche Arbeitsrecht neu ordnen zu wollen. „Es gibt das Konzept der Bertelsmann-Stiftung für ein neues Arbeitsvertragsgesetz“, sagte er. „Das würde den heutigen Wirrwarr durchschaubarer machen, ohne das geltende Recht zu Lasten von Arbeitnehmern oder Arbeitgebern zu verändern.“ (Quelle Spiegel ONLINE vom 16.2.2008)

II. Das Bundestreffen der Bundesarbeitsgemeinschaft stellt fest:

- Die konsequente Umsetzung der Lissabonstrategie mit all ihren Bestandteilen (Flexibilisierung und Deregulierung der Arbeitsmärkte) ist verantwortlich für das starke Wachstum prekärer Beschäftigungsverhältnisse und von Armut trotz Erwerbsarbeit. Dieser Prozess muss gestoppt werden.
- Ein Großteil der Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union sind von dieser Entwicklung betroffen. Deshalb identifizieren sie sich immer weniger mit der Europäischen Union. Ein Ausdruck dafür ist das Anwachsen EU-feindlicher Parteien, die teilweise ein Sammelbecken für Rechtsradikale darstellen.
- Zu dieser Entwicklung gibt es Alternativen: Gute Arbeit – Gutes Leben.

III. Das Bundestreffen unterstützt die Forderungen in der Entschließung des Europäischen Parlaments vom Juli 2007 zum modernen Arbeitsrecht für die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts:

- Verteidigung des unbefristeten (Vollzeit)-Arbeitsvertrages als EU-weite Norm,
- die Forderung nach gleichen Rechten für atypische und „normale“ Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer,
- die Hervorhebung des kollektiven Arbeitsrechts,
- die Kritik in Bezug auf die Ausbeutung von Migrantinnen und Migranten,

- die stärkere Berücksichtigung der geschlechterspezifischen Ungleichheiten auf dem Arbeitsmarkt (z.B. Lohngefälle),
- die Festschreibung von Mindestrechten im Bereich Gesundheitsschutz, Arbeits- und Ruhezeitregelung oder Fortbildung
- die Verurteilung jeglicher missbräuchlichen Ausgliederung von regulären Arbeitsverhältnissen in neue Beschäftigungsformen und
- dass starke Kündigungsschutzregeln keine negativen Auswirkungen auf das Beschäftigungswachstum haben.
- das Arbeitsrecht als Arbeitnehmerschutzrecht die Aufgabe hat, die strukturelle Unterlegenheit der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bei der Gestaltung der Arbeitsvertragsbeziehung auszugleichen,
- prekäre und geringfügige Beschäftigungsverhältnisse zurückgedrängt und Scheinselbstständigkeit bekämpft werden müssen,
- ein gesetzlicher Mindestlohn und/oder eine Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen in allen europäischen Ländern eingeführt wird. Derartig festgelegte Löhne müssen mindestens 60 % des Durchschnittseinkommens eines Landes betragen und deutlich über der Armutsgrenze eines Landes liegen.

IV. Das Bundestreffen fordert von der EU

- **ein Konzept von GUTER ARBEIT als Leitvision ihrer Beschäftigungspolitik zu entwickeln.** Hier ist klar und deutlich der Schwerpunkt auf einen verstärkten sozialen Schutz und soziale Sicherheit, umfassende Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz, universelle und gleiche soziale und Arbeitnehmerrechte für alle, die Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben, Qualität der Beschäftigung und gute Arbeitsbedingungen zu legen.
- das Konzept „GUTE ARBEIT“ soll auf die Verteidigung und Erneuerung des Normalarbeitsverhältnisses, gestützt auf gleiche Rechte für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, ein hohes Niveau des Kündigungsschutzes und der Beschäftigungssicherheit, dem Recht auf Streik, Kollektivaktionen und Tarifverhandlungen, einem hohen Niveau des Sozialschutzes und auskömmlichem Einkommen sowie unbefristete Vollzeitarbeit als Normalarbeitszeit, ausgerichtet sein.
- die jährliche Überprüfung der Europäischen Beschäftigungsstrategie nicht auf der Grundlage des Konzeptes „Flexicurity“ aufzubauen, sondern auf der Basis der Förderung von Qualität der Erwerbsarbeit, verbesserter sozialer Sicherheit und sozialer Eingliederung, besserer Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit und Familie.
- die Einführung des Rechts auf europäische Tarifverhandlungen und eines europäischen Streikrechts, verbunden mit einer rechtlichen Absicherung der Durchsetzbarkeit von europäischen Tarifregelungen.
- die Revision der EU-Arbeitszeitrichtlinie die Rechte der Beschäftigten stärkt und einen neuen europäischen Arbeitszeitstandard herbeiführt. Die maximal zulässige Arbeitszeit darf, unter Berücksichtigung der nationalen Arbeitszeitgesetze, im Durchschnitt 40 Stunden nicht überschreiten. Die gegenwärtig in der Richtlinie enthaltenen Bestimmungen über das individuelle und das sektorspezifische Opt-out von der wöchentlichen Höchstarbeitszeit müssen gänzlich abgeschafft werden. Die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs zu den Bereitschaftszeiten muss von den Mitgliedstaaten vollständig umgesetzt und in die Richtlinie integriert werden. Jedwede Absenkung des gegenwärtigen Schutzniveaus der Richtlinie muss verhindert werden.
- europaweite Kernberufe erhalten und ausgebaut werden. Die Zerlegung der Berufsausbildung und von Berufsbildern in einzelne Module oder Schmalspurausbildungen sind der falsche Weg und das Ende der FacharbeiterInnen. Zusätzlich bitten wir die Bundestagsfraktion DIE LINKE, sich mit eigenen Positionen an der Diskussion über ein Arbeitsvertragsgesetz zu beteiligen.

V. Das Bundestreffen bittet die Bundestagsfraktion, alle parlamentarischen Möglichkeiten zu nutzen, um die Bundesregierung aufzufordern bzw. anzuerkennen, dass

- das nationale Arbeitsrechtssystem bei den bevorstehenden Änderungsprozessen grundsätzlich unberührt bleibt,
- die Mitglieder der Bundesarbeitsgemeinschaft werden ihren eigenständigen Beitrag im Rahmen der Möglichkeiten leisten, indem
- sie in ihren Strukturen, in Gesprächen mit dem DGB und den Einzelgewerkschaften auf die laufende Diskussion aufmerksam machen,
- die Landesarbeitsgemeinschaften eigenständige Diskussionen zu diesem Thema durchführen und
- wir aktiv auf die Solidarität unter den europäischen ArbeitnehmerInnen hinwirken, durch Mitarbeit in europäischen Gewerkschaftsnetzwerken und -verbänden. Ebenso werden wir uns an den Vorbereitungen des Europäischen Sozialforums, das vom 18.09. bis 21.09.2008 in Malmö stattfindet, durch die Vorbereitung und Durchführung eines Workshops zu gewerkschaftspolitischen Themen beteiligen.

Kontakt und Info zur AG B&G:

Tel: 030 / 24 009 673

Fax: 030/ 24 009 480

ag.gb@die-linke.de

www.betriebundgewerkschaft.de

BundessprecherInnenrat:

Barbara Borchardt Susanne Danowski Hasso Ehinger Gerald Kemski Heidi Kloor Mike Lätzsch Marko Röhrig Sabine Wils

**Beschluss des Bundestreffens der Arbeitsgemeinschaft Betrieb & Gewerkschaft der Partei
DIE LINKE**

vom 01./02. März 2008

Resolution zum Tarifkonflikt im Öffentlichen Dienst:

**8 % mehr Lohn – mindestens 200 €–
für die Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes im Bund und in den Kommunen,
ein Kampf für mehr soziale Gerechtigkeit!**

Keine Arbeitszeiterhöhung im Tausch gegen eine Entgelterhöhung!

Der Verhandlungsführer von Bund und Kommunen, Innenminister Wolfgang Schäuble, will die Politik des Lohndumpings und der Arbeitsplatzvernichtung fortsetzen.

Das Angebot der Arbeitgeber für die Beschäftigten in Bund und Kommunen von 5 % mehr Lohn auf zwei Jahre ist eine Mogelpackung und bedeutet tatsächlich nur 2,5 % für 2008 und 0,4 % für 2009 und dies nach mehreren Jahren ohne jegliche Steigerung. Jetzt wollen die Arbeitgeber auch noch die gültige Tarifregelung zur Arbeitszeit kündigen und die Arbeitszeit erhöhen. Seit Jahren müssen die Beschäftigten im Öffentlichen Dienst in den Betrieben und in der Verwaltung mit immer weniger Beschäftigten die gleichen oder mehr Aufgaben erledigen. Die Belastungen steigen spürbar.

Eine Arbeitszeiterhöhung auf 40 Stunden führt direkt zu weiteren Stellenstreichungen. So sollen die Beschäftigten ihre Lohnrunde selbst bezahlen, denn 1 Stunde wöchentliche Arbeitszeiterhöhung bedeuten 2,5 %, 1 ½ Stunden sogar 3,75 % Lohnsenkung.

Die rund 2,1 Millionen Beschäftigten von Bund und Kommunen, einschließlich der Eigenbetriebe, könnten sich trotz Mehrarbeit weniger leisten. Die Nachfrage nach Konsumgütern und Dienstleistungen würde sinken. Das ist genau die falsche Politik.

Öffentliche Dienstleistungen müssen endlich wieder ausgebaut werden. Einrichtungen der Daseinsvorsorge müssen wieder in die Hand der Kommunen zurückgeführt werden. Um dies zu erreichen brauchen wir auch eine Steuerpolitik unter Einbeziehung der Wiedereinführung der Vermögens- und einer geänderten Erbschaftssteuer. Großverdiener und Konzerne müssen wieder höhere Steuern bezahlen, damit wieder mehr Geld z.B. für Kindertagesstätten, Schulen, Bibliotheken, Schwimmbäder und Krankenhäuser vorhanden ist. Deutschland ist heute gemessen an der gesamtwirtschaftlichen Leistung so reich wie nie zuvor, dennoch steigt die Armut auch in Arbeit.

Wir fordern deshalb, die Beschäftigten angemessen am gesellschaftlichen Reichtum, durch kräftige Einkommenserhöhungen und Arbeitszeitverkürzungen zu beteiligen. Auch öffentliche Arbeitgeber haben einen gesellschaftlichen Auftrag zum Abbau von Arbeitslosigkeit beizutragen. Dem werden sie mit ihrem Tarifdiktat in keiner Weise gerecht.

DIE LINKE.AG Betrieb & Gewerkschaft unterstützt den Kampf der Beschäftigten und der Öffentlichen-Dienst-Gewerkschaften um höhere Löhne. Er ist ein Teil des Kampfes für mehr soziale Gerechtigkeit.

Kontakt und Info zur AG B&G:

ag.bg@die-linke.de, Tel: 030 / 24 009 673, Fax: 030/ 24 009 480, www.betriebundgewerkschaft.de

BundessprecherInnenrat:

Barbara Borchardt * Susanne Danowski * Hasso Ehinger * Gerald Kemski * Heidi Kloor * Mike Lätzsch * Marko Röhrig * Sabine Wils

Unterstützung für Kandidaturen

Einstimmig beschloss das Bundestreffen der AG Betrieb und Gewerkschaft am 2. März 2008 die Kandidaturen von



Heidi Scharf



Ulrike Zerhau



Ralf Krämer



Michel Schlecht

Für den Parteivorstand DIE LINKE auf dem Bundesparteitag am 24./25. Mai 2008 in Cottbus zu unterstützen. Die Delegierten aus den Reihen der AG Betrieb und Gewerkschaft werden gebeten sich aktiv für die Wahl der genannten einzusetzen.

Delegierte der AG zum Bundesparteitag

(gewählt am 2.3.2008 auf dem Bundestreffen)



Barbara Borchart
Mecklenburg-Vorpommern
ver.di



Heidi Kloor
Berlin
ver.di



Petra Mießbach
Sachsen
IG Metall



Sabine Wils
Hamburg
ver.di



Hasso Ehiger
Baden-Württemberg
IG Metall



Gerald Kemski
Hamburg
ver.di



Mike Lätzsch
Sachsen
ver.di



Marko Röhrig
Nordrhein-Westfalen
IG Metall

Mehr Zeit zum Leben, Lieben, Lachen . . .

Auszüge des Referats von Sybille Stamm zur Gründungsversammlung der Landes-AG betrieb&gewerkschaft in Karlsruhe.

Liebe Genossinnen und Genossen,

heute ist ein denkwürdiger Tag. Der Zeitpunkt zur Gründung der Arbeitsgemeinschaft betrieb&gewerkschaft ist gut gewählt: (Es gibt...) genug zu tun. Dringender Handlungsbedarf - Handlungsbedarf für eine sozialistisch-gewerkschaftlich orientierte Arbeitsgemeinschaft betrieb&gewerkschaft.

- Es gilt, die Kraft der kämpfenden Belegschaften zu stärken;
- Es gilt, die Umverteilung von unten nach oben zu stoppen und umzukehren;
- Es gilt, die moralische und soziale Hegemonie zu gewinnen, denn, was sich abspielt, ist – verzeiht mir den altmodischen Ausdruck - Klassenkampf.

Deshalb ist es gut, linke Kraft in den Betrieben und Gewerkschaften in der Gesellschaft, in den Parlamenten zu bündeln unter dem Dach der neuen Partei „DIE LINKE“

(...)

Da sich die Periode der privilegierten Partnerschaft zwischen Gewerkschaften und Sozialdemokratie dem Ende zuneigt, stehen die Gewerkschaften vor der Aufgabe, ihr Verhältnis zu den wichtigsten Entscheidern in den politischen Arenen neu zu konzipieren. An der Stelle der besonderen Beziehung zu einer Partei sollte ein Konzept einer strategischen Flexibilität gegenüber allen in den Parlamenten vertretenen Parteien treten.“ (ISW -Report Nr. 71, September 2007.)

Das bedeutet praktisch, dass die neu gegründete Linke als ein Hauptakteur wahrgenommen und geschätzt werden könnte. Das ist die Stunde der Arbeitsgemeinschaft betrieb&gewerkschaft. Ihre Aufgabe wird eine doppelte sein:

1. In die Partei hinein wirken, linke gewerkschaftliche Sichtweisen in der Partei verankern, dort für linke Gewerkschaftspositionen werben, wo Distanz und Skepsis gegenüber „dem Apparat“ vorhanden ist.

(...)

2. In den Gewerkschaften wirken, linken Gewerkschaftspositionen eine Stimme geben und – natürlich – Tarifkämpfe, Arbeitskämpfe und Kämpfe von Belegschaften wie bei Opel, AEG in Nürnberg und Nokia aktiv unterstützen.

Die Linke muss mehr sein als eine fortschrittliche Gewerkschaftspartei und die Arbeitsgemeinschaft ist mehr als ein fortschrittlicher Gewerkschaftsflügel. Sie hat auch die Aufgabe, sozialistische Perspektiven in die Gewerkschaften hinein zu tragen.

(...)

Die Arbeitsgemeinschaft hat die Aufgabe, Utopien zu entwickeln oder wieder zu beleben, Utopien für ein bes-

seres Leben. Ein Beispiel: 1984 – im Kampf um die 35-Stundenwoche ging es nicht allein um den Abbau der Arbeitslosigkeit – es ging auch um die Utopie eines gleichberechtigten, partnerschaftlichen Lebens. Es ging um gesellschaftliche Hegemonie, um die Gewinnung moralischer Autorität.

Mehr Zeit zum Leben, Lieben, Lachen – das war die Parole von uns Frauen.

Einige werden sich an das Bild von Gertrude Degenhardt – den 35-Std-Wochen-Menschen- Zug- erinnern, auf dem der kleine Trommler vorn die Zahl 30 vor sich herträgt – der Traum vom 6-Std-Tag... ein Traum eines anderen, umfassenderen Lebens trotz Lohnabhängigkeit.

(...)

Und das Ziel, die Arbeit gerecht umzuverteilen, - durch bezahlte Arbeitszeitverkürzung bleibt auf der Tagesordnung. Das sind wir den Erwerbslosen, den Frauen, der Jugend, dem Leben schuldig!

Antoine Saint- Exupéry lässt seinen kleinen Prinzen in dem berühmten Diskurs über die Bedeutung der Zeit sagen: „Zeit ist Leben und das Leben wohnt im Herzen“

(...)

„Reformen zur Überwindung des Kapitalismus“ – lautet ein Kapitel in den programmatischen Eckpunkten der Linken. Es geht also um mehr als pragmatische Gewerkschaftspolitik. Es geht um die Dialektik von Tageskämpfen und langfristiger Perspektive der Veränderung der Gesellschaft. Karl Marx hat diesen Doppelcharakter der Gewerkschaften in der berühmten Schrift „Lohn, Preis Profit“ präzise beschrieben:

„Gewerkschaften tun gute Dienste als Sammelpunkte des Widerstands gegen die Gewalttaten des Kapitals... Sie verfehlen ihren Zweck gänzlich, sobald sie sich darauf beschränken, einen Kleinkrieg gegen die Wirkungen des bestehenden Systems zu führen statt gleichzeitig zu versuchen, es zu ändern, statt ihre Kräfte zu gebrauchen als einen Hebel zur schließlich Befreiung der Arbeiterklasse...“ (MEW 16, S.152)

Diese Mahnung und gleichzeitig Aufgabenstellung wünsche ich mir als Leitfaden für die Politik der Arbeitsgemeinschaft Betrieb und Gewerkschaft!



Brandenburg: Die Landesarbeitsgemeinschaft Betrieb und Gewerkschaft hat sich neu formiert

Nach der Vereinigung von Linkspartei.PDS und WASG im Juni 2007 hat sich nun auch die LAG BuG neu formiert. Am 06.02.08 haben sich ca. 15 linke GewerkschafterInnen und Betriebs- und Personalrätinnen aus dem Land Brandenburg in Potsdam zusammengefunden, um sich in der Arbeitsgemeinschaft zu engagieren. Als Gäste berichteten Heidi Kloor, eine Sprecherin der BundesAGBuG und Ralf Krämer vom Parteivorstand über die anstehenden Aufgaben für die vereinte Linke auf Bundesebene. Im Anschluss diskutierten die Anwesenden das Verhältnis zwischen den Linken und den Gewerkschaften auf Landesebene und die sich daraus abzeichnenden Aufgaben für die Arbeitsgruppe. Kritisch wurde die geringe gewerkschaftliche Ausrichtung der Linken in fast allen Gremien erkannt. In der eingetretenen gesellschaftlichen Situation ist die Bezugnahme auf Arbeitnehmerinteressen für die politische Arbeit wesentlich. Gesellschaftliche Veränderungen sind nicht mit Prozenten bei Wahlen zu erreichen sondern bedürfen Bündnisse im Sinne der Sache, auch außerparlamentarisch.

Für wichtig wurden neben der Unterstützung der gewerkschaftsorientierten Kampagnen der Parteivorstände vor allem die Präsenz in und vor den Betrieben erkannt, nicht nur vor Wahlen sondern auch bei betrieblichen Aktionen und zu ehrlichen Solidaritätsbekundungen bei Arbeitskämpfmaßnahmen.

Die erste Beratung wurde auch genutzt, um sich über

Hamburg: Gewerkschaftskonferenz im Bürgerhaus Wilhelmsburg



Die Hamburger AG betrieb&gewerkschaft war mutig genug, zwei Wochen vor der Bürgerschaftswahl am 9. Februar 2008 noch eine Gewerkschaftskonferenz zu veranstalten. "Schluss mit dem Lohn- und Sozialdumping!" lautete das Motto.

Sicher lockte der Hauptredner *Gregor Gysi* auch die/den eine/n oder andere/n Besucher/in besonders an. Letztlich war es aber der ehrenamtlichen Arbeit der AG vor Ort zu verdanken, dass real mehr als 150 GewerkschafterInnen den Weg in das Bürgerhaus Wilhelmsburg fanden.

Nicht nur im Plenum, sondern auch in Foren wurde zu den Themen: Mindestlohn, Leiharbeit, Betriebsverfassung/ Personalvertretung debattiert. Einige der Foren werden ihre

geeignete Strukturen zu verständigen. Angestrebt wird eine regionale Gliederung, um den unterschiedlichen Problemen im gesamten Land Aufmerksamkeit widmen zu können.

Es wurde ein vierköpfiges kommissarisches Arbeitsgremium gewählt, das bis zur nächsten Beratung der Arbeitsgruppe einen Arbeitsplan und einen Strukturvorschlag zur Diskussion stellen soll. Dann soll auch ein fünfköpfiger SprecherInnenrat gewählt werden.

Am 01. und 02. März 08 hat am Bundestreffen der AG Betrieb und Gewerkschaft auch wieder die LAG Brandenburg mit einer engagierten Delegation teilgenommen.

Und wie das mit neuen Arbeitsgruppen so ist: Wir suchen noch Mitstreiter, die sich für diese anspruchsvolle Aufgaben begeistern wollen. Wer mitarbeiten möchte oder zunächst Interesse an weiteren Informationen hat, kann Kontakt herstellen über die Email-Adresse: Su.dan@online.de



Susanne Danowski
(Transnet)
Stellvertr. Betriebsratsvorsitzende und Sprecherin der BundesAG BuG

Fortsetzung in weiteren Veranstaltungen finden.

Besonders erfreulich: Auf der Konferenz wurde von Nichtmitgliedern der Partei ein Wahlauftritt gestartet, der innerhalb von vier Tagen immerhin 120 Unterschriften brachte. Die Konferenz selbst hatte mit zwei Neueintritten auch ein zählbares Ergebnis vorzuweisen.

Besonders gefreut haben wir uns über die Teilnahme der AGen betrieb&gewerkschaft aus Mecklenburg-Vorpommern, Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Bremen. Mit Sicherheit war dies das erste gute Signal einer weiteren Zusammenarbeit der AG im Norden.



Mecklenburg-Vorpommern: „Arm trotz Arbeit“ – Betriebs- und Personalräte diskutieren mit der Linken

Zu ihrer ersten Betriebs- und Personalrätekonferenz hatte die Landtagsfraktion der Linken in Mecklenburg Vorpommern am 11.01.08 geladen, um über die vielfältigen Probleme in den unterschiedlichen Branchen des Landes ins Gespräch zu kommen.

Der Einladung des Fraktionsvorsitzenden im Schweriner Landtag, Prof. Dr. Wolfgang Mehtling, waren zahlreiche Betriebsräte, u.a. der Ostseezeitung, des Nordkurier, der Schweriner Stadtwerke, des Bützower Railcenters, der Polizei, des Apothekerrechenzentrums, der Forstverwaltung, der DB Dialog, der Aker Werft, sowie Sekretäre von Verdi und des DGB Nord, gefolgt.

Im Anschluss an ein Grußwort des Fraktionsvorsitzenden und eine ausführliche Vorstellungsrunde stieg man in die Fachdiskussion zum Thema „Arm trotz Arbeit“ ein. Der von Bundeskanzlerin Angela Merkel beschriebene Aufschwung komme bei 6,9 Millionen Beschäftigten nicht an, sie arbeiten unterhalb eines Lohnniveaus von 7,50 • und kommen damit kaum über die Runden. Das Klischee vom arbeitsunwilligen, schlecht ausgebildeten und damit nicht vermittelbaren Arbeitnehmer konnte inzwischen widerlegt werden. Zwei Drittel der im Niedriglohnsektor angestellten Arbeitnehmer verfügen über eine Berufsausbildung, ein Zehntel über einen Hochschulabschluss und zwei Drittel sind Angestellte im Dienstleistungssektor. Diese Zahlen müssen alarmieren!

Die Gründe sind in der Erosion der Tariflandschaft, der andauernden Massenarbeitslosigkeit, der Ausweitung von Leiharbeit und der Zunahme von Minijobs als Ersatz für reguläre Beschäftigung zu finden. Während die Steuer- und Abgabenlast preisbereinigt von 1996 bis 2006 fast gleich blieb, stiegen Privatgewinne und Vermögen im gleichen Zeitraum von um 97 Mrd. •.

Diese statistischen Eckdaten wurden in der Diskussion durch Beispiele der anwesenden Kollegen untermauert. Austritte aus Arbeitgeberverbänden, verstärkter Einsatz von Leiharbeitnehmern, Forcierung befristeter Einstellungen bis hin zu Umstrukturierungen zur Aushebelung unliebsamer Betriebsräte waren zu hören. Die anwesenden Kollegen forderten die Landtagsfraktion der Linken auf, für die Begrenzung der Leiharbeit, die Einschränkung von Befristungen, ein ordentliches Vergabegesetz und eine alternative Arbeitsmarktpolitik einzutreten. Wo Tarifverträge nicht mehr sicherstellen können, dass man von seiner Hände Lohn auch leben könne, müsse zudem auf einen gesetzlichen Mindestlohn gedrungen werden. Über konkrete gemeinsame Aktionen sollte die Zusammenarbeit intensiviert und das gegenseitige Vertrauen verstärkt werden.

Bei einem gemeinsamen Mittagessen von Abgeordneten und Arbeitnehmervertretern klang ein interessanter Vormittag aus, eine Fortsetzung der Gespräche ist geplant.

Henning Stephan Foerster
DB Dialog Telefonservices GmbH
Betriebsratsvorsitzender

Saarland: AG Betrieb& Gewerkschaft an der Saar



Am 27. Oktober 2007 beschloss die Mitgliederversammlung in dem historischen Gebäude des DGB, im Rechtsschutzsaal in Bildstock die Gründung der LAG Betrieb&Gewerkschaft.

Dies ist das älteste Gewerkschaftshaus Deutschlands. Weil in der Kaiserzeit Demonstrationen unter freiem Himmel verboten waren, brachte jeder Bergmann einen Backstein mit, um diesen Versammlungsraum zu erbauen. Im Mai 1891 fand die Grundsteinlegung für den Rechtsschutzsaal statt.

Am 15. Januar 2008, im „Großen Saal“ der Arbeitskammer, Saarbrücken referierte der Bundestagsabgeordnete Werner Dreibus zur Lohnentwicklung und gewerkschaftlichen Politik der letzten Jahren vor zahlreichen Mitgliedern und geladen Gästen der Gewerkschaften ver.di Alfred Staudt, IGM Thorsten Dellmann, GEW Peter Balnis und Adalbert Ewen der CGB.

Im Rahmen der Veranstaltung fand die Wahl des Sprecherrates der LAG statt.

Von rechts:

Gabriele Ungers, ver.di, Christian Bonner, Transnet, Monika Gus, ver.di, Ralf Reinstättler, IGM, Hans Ruge, ver.di

Des weiteren wurden je 2 VertreterInnen der Kreise benannt.
Saarbrücken Matthias Scherer IGM und Jürgen Trenz IG BCE,
Saarlouis Hans-Dieter Herzog IG BCE und Heike Meine ver.di,
Neunkirchen Thomas Müller ver.di und Horst Schock ver.di,
St. Wendel Heinz Scheit ver.di und Werner Schmitt IGM,



SaarPfalz Hagen Müller ver.di und N.N. Die Meldung aus Merzig steht noch aus.

In den Kreisen Neunkirchen und Saarlouis bestehen bereits Regionalgruppen der LAG B&G.

Am 20. Feb. 2008 fand die konstituierende Sitzung des Sprecher-

rates statt. Es wurde die Struktur und Aufgabenverteilung der AG beschlossen. Gewählt wurde: Ralf Reinstättler zum Sprecher der LAG, der im Landesvorstand der gewerkschaftspolitische Sprecher ist, Monika Gus zur Koordinatorin und Stellvertreterin des Sprechers, Hans Ruge für die Schriftführung, Christian Bonner Ansprechpartner für die Jugend (JAV, Jugendverbände usw.), Gabriele Ungers für die Mitgliederbetreuung und Ansprechpartnerin zur BAG.

Die nächsten Aktivitäten sind die aktuelle Tarifaueinander-

zung im öffentlichen Dienst und Einzelhandel, die Rentenkampagne. Die erste Veranstaltung findet am 17. April in Wiebelskirchen Kreis Neunkirchen statt. Weitere Themen und Aktionen Bildung/Ausbildungssituation im Saarland und Infoabend am 1. Mai im Rahmen der DGB Veranstaltung im Saarland.

14. Febr. 08 Gelungener Start bei Warnstreiks im Saarland zur Tarif- und Besoldungsrunde im öffentlichen Dienst Die Linken waren dabei.

Gabriele Ungers

Sachsen: Betriebs- und Personalräte fordern eine gesetzliche Regelung zur Gleichbehandlung und Bezahlung für Leiharbeiter



Die AG b&g Chemnitz diskutierte im Januar mit Betriebs- und Personalräten der DGB-Region Chemnitz/Erzgebirge über notwendige Veränderungen der Tariföffnungsklausel im Arbeitgeberüberlassungsgesetz.

Unter den 45 Teilnehmern waren mit der DGB-Regionvorsitzenden, der ver.di Vorsitzenden auch der Betriebsrat des VW Motorenwerkes und die Personalrätin der Stadtverwaltung Chemnitz. Sie fordern in einer Resolution von den Politikern in Bund und Land einen wirksamen gesetzlichen Schutz gegen Dumping, verursacht durch Leiharbeit.

Die Diskussion wurde mit einer Grundfrage eröffnet, die das Mitglied des BundessprecherInnenrates der AG b&g, Mike Lätzsch in den Raum stellte: Ist die Leiharbeit menschlicher zu gestalten oder sind die jetzigen anderen Instrumentarien zum flexiblen Einsatz von ArbeitnehmerInnen ausreichend und somit Leiharbeit abzulehnen? Dieses wurde kontrovers diskutiert. Die ebenfalls in diese Richtung gehenden Beschlüsse der Bundesarbeitsgemeinschaft von Herbst 2007 wurden vorgestellt.

Seit dem so genannten Hartz I-Gesetzen wurde die schon zuvor rechtlich sehr eingeschränkte Leiharbeit nahezu vollständig dereguliert. Die Tariföffnungsklausel greift zu weit. Einerseits weil jede Scheingewerkschaft mit Nacht- und Nebelabkommen ohne jede Legitimität Standards setzen kann. Andererseits, weil ein arbeitsvertraglicher Bezug auf irgendeinen Tarifvertrag die Gesetzesvorschrift des Gleichbehandlungsgrundsatzes aushebeln kann.

Gleiches Geld für gleiche Arbeit, das gilt auch für Leiharbeitnehmer und kann nur per Gesetz gesichert werden.

Die Betriebs- und Personalräte und anwesenden Leiharbeiter begründeten ihre Forderungen mit Beispielen aus ihrer täglich erlebten Praxis.

Die Bezirksvorsitzende von ver.di, Annelie Schneider berichtete über einen Tarifvertrag mit 6,31 Euro/h, der bis 13 Prozent unterschritten werden kann. Mit diesen Löhnen werden viele Beschäftigte im Einzelhandel über Leiharbeit abgespeist.

Ein Betroffener berichtete aus einer regionalen Firma, das er einen Einstiegslohn von 5,77 Euro/h erhielt. Bei einer 35 h-Woche sind das 850,000 Euro Brutto, davon gehen rund 21 Prozent Sozialabgaben weg. Die Realität zwischen Stammbeschäftigten und Leiharbeitern liegt Lichtjahre auseinander.

Dass das von den Betriebs- und Personalräten nicht einfach so hingenommen wird, zeigt der Personalrat der Stadtverwaltung von Chemnitz. Er klagt, da er beim Einsatz von Leiharbeitern im Grünflächenamt und Gunzenhauser-Museum nicht einbezogen wurde und prinzipiell Leiharbeit in der Verwaltung ablehnt.

Das alles reicht jedoch nicht. Die Politik muss endlich die gesetzlichen Regelungen für Leiharbeiter ändern, so die eindeutige Antwort der Diskutanten.



Die Abgeordneten Caren Lay, Klaus Tischendorf und Karl-Friedrich Zais antworteten über die Initiativen der Linksfraktion im Sächsischen Landtag. So u.a. über den Antrag „Leiharbeiter und Stammpersonal gleich zu setzen“, der zum wiederholten male durch SPD und CDU Koalition abgewiesen wurde. Im Gespräch wurde der Gesetzesentwurf der Bundestagsfraktion DIE LINKE vorgestellt, welche die Ausnahmeregelungen aufhebt und das Prinzip „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ wieder herstellt.

Überrascht und erstaunt wurden die Initiativen von den Teilnehmern zur Kenntnis genommen. Vieles war nicht bekannt und die Empfehlung eindringlich gegeben, mehr durch eigene Öffentlichkeit der Aktivitäten in die Betriebe zu tragen.

Verwunderung hat die Antwort des Fraktionsvorsitzenden der CDU im Sächsischen Landtag, Dr. Hähle in der Diskussion ausgelöst.

„Die Stärke der sächsischen Wirtschaft und anspringende Konjunktur sichern eine gute Partnerschaft zwischen Belegschaft und Unternehmen. Leistungsbereitschaft und Flexibilität motivierter Arbeitnehmer zeichnen für den wirtschaftlichen Erfolg ihres Unternehmens.“ Mit dem Thema Zeitarbeit beschäftigt sich die Arbeitnehmer-

Baden-Württemberg: Gründungsversammlung der Landes-AG betrieb&gewerkschaft

Die erste Mitgliederversammlung war geprägt durch eine gute Diskussion über unser Verständnis von Gewerkschaftsarbeit. Dazu gab es ein ausgezeichnetes Referat von Sybille Stamm und ein knappes Arbeitspapier der AG zum Selbstverständnis und zu den Aufgaben der AG.

Der Verdi-Bezirksvorsitzende von Mittelbaden/Nord-schwarzwald, Willi Vollmar, hielt ein Grußwort und trat der AG bei. Als Gast konnten wir auch Angel Stürmlinger begrüßen, den 1. Bevollmächtigten der IG Metall Karlsruhe.

71 Mitglieder waren gekommen. Sie diskutierten das Papier „Selbstverständnis und Aufgaben“. Zugleich wurde eine Redaktionsgruppe eingerichtet, die viele wertvolle Anregungen für das Selbstverständnis weiter bearbeiten soll, da manche Punkte nicht endgültig geklärt werden konnten und Kontroversen bestehen.

Im Mittelpunkt der Arbeit der AG werden die Tarifrunden im Einzelhandel und im öffentlichen Dienst stehen. Die Kampagne für den gesetzlichen Mindestlohn gegen prekäre Arbeitsverhältnisse und ab April dann eine große Kampagne gegen die Rente ab 67.

Mit großer Geschlossenheit wurde der zehnköpfige Sprecherinnenkreis gewählt. Ihm gehören an:

Petra Faulhaber, IGM, Aalen, *Ilse Kestin*, IGM, Stuttgart, *Cornelia Krüger*, IGM, Heidelberg, *Gertrud Moll*, IGM, Stuttgart, *Uta Spöri*, ver.di, Freiburg, *Hasso Ehinger*, IGM, Heilbronn, *Stefan Dreher*, IGM (DGB), Tübingen, *Jochen Dürr*, ver.di, Schwäbisch Hall, *Jürgen Gulden*, IG BCE, Weinheim, *Daniel Reuss*, IGM, Rastatt

gruppe der CDU. Die Kollegen sollen sich an diese wenden.

Die Teilnehmer waren sich einig: Mindestlohn und Leiharbeit kann man nicht getrennt von einander sehen. Gebraucht wird ein existenzsichernder Mindestlohn. Der Ostabschlag muss weg! Wir kämpfen um eine Begrenzung der Verleihzeit an einzelne Betriebe. Nach einem Beschäftigungszeitraum von einem Jahr muss eine Übernahme in ein festes Beschäftigungsverhältnis in das Unternehmen erfolgen. Das Arbeitsverhältnis eines Beschäftigten zu der Leiharbeitsfirma darf nicht für die Dauer des Einsatzes in einem Entleihbetrieb befristet werden.

Anlässlich des Antrages zur Leiharbeit der Linksfraktion im Sächsischen Landtag hat der MdL Karl-Friedrich Zais Betriebs- und Personalräte in das Plenum eingeladen, um die Debatte zum Antrag über Leiharbeit zu verfolgen. Zugleich wollen wir versuchen die Diskussion mit Abgeordneten aller Fraktionen nach der Landtagsdebatte weiter zu führen.

Gleiche Rechte für Stammpersonal und Leiharbeiter bleibt unser Ziel.

Karl-Friedrich Zais
Sprecher der Landes-AG B&G Sachsen



Die [solid]-Jugend hat zugesichert, eine ständige Vertreterin zu entsenden. Der Sprecherinnenrat beauftragte Hasso Ehinger und Stefan Dreher mit der Geschäftsleitung.

Und das sind die kommenden Termine:

Sitzungen des Sprecherinnenrats:

12.04., 14.06., 26.07., 11.10. und 06.12., jeweils Beginn 10:15 Uhr im Stuttgarter Landesbüro, Marienstraße 3A

Regional AG Stuttgart/Mittlerer Neckar:

Montag, 17.03., 18:30 Uhr ebenda.

Geplant sind für Anfang Mai Gründungen von Regional-AGs für Freiburg/Südbaden und Heidelberg/Mannheim/Rhein-Neckar.

Stefan Dreher

Duisburger Netzwerk linker Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter

An den Betriebsrat und die Beschäftigten von NOKIA Bochum

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

das Netzwerktreffen linke Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter in Duisburg solidarisiert sich mit dem Kampf der Nokia-Belegschaft

Wir solidarisieren uns mit dem Kampf der Bochumer Nokia-Belegschaft, dem Betriebsrat und der IG Metall für den Erhalt des Werkes und der insgesamt bedrohten rd. 4.000 Arbeitsplätze. Als aktive GewerkschafterInnen - Betriebsräte und Vertrauensleute und Hauptamtliche – werden wir öffentlich und unter unserer Kolleginnen und Kollegen für Solidaritätsmaßnahmen werben und selbst welche organisieren. Wir wissen, dass jetzt nur noch massiver Druck helfen kann, das Blatt noch einmal zu wenden.

Wir fordern den Nokia-Konzernvorstand auf, seine sozial unverantwortliche Entscheidung rückgängig zu machen. Die vorgesehene Verlagerung der Produktion nach Rumänien erfolgt ausschließlich aus Gründen der Profitmaximierung. Dabei versucht man, öffentliche Subventionsgelder gleich mehrmals rücksichtslos abzuräumen.

Wir fordern Bundes- und Landesregierung auf, die bisher gezahlten ca. 88 Mio. Euro Subventionen für das Bochumer Nokia-Werk zurück zu fordern. Wir fordern, die Subventionsrichtlinien und die Subventionspraxis – vor allem an Konzerne – auf allen Ebenen, einschließlich der EU - grundlegend zu überprüfen. Nokia ist nicht der einzige und erste Fall, indem offensichtlicher und massiver Missbrauch von Steuergeldern schlagartig deutlich wird. Die Bindefristen von nur 5 Jahren öffnen dergleichen Missbrauch offenkundig Tor und Tür. Im Übrigen – das wurde auch aus den Aussagen von Wirtschaftsministerin Thoben deutlich – gibt es offenbar kein durchgängiges Controlling über die Verwendung der gezahlten Subventionen und die dafür von den Empfängern in Aussicht gestellten Investitionen und Arbeitsplätze. In Bochum stellt Nokia nicht die versprochenen 2800, sondern nur 2300 Arbeitsplätze zu Verfügung. Die Zahl der unter Dumping-Bedingungen eingesetzten Leiharbeiter ist mit 1.000 Köpfen außerdem skandalös hoch. Betriebsrat und Belegschaft wurden zahlreiche weitere Zugeständnisse abgepresst, um angeblich das Werk zu erhalten.

Der Nokia-Konzernvorstand darf nicht durchkommen!
Solidarität hilft siegen!

Mit kollegialen Grüßen

Duisburger Netzwerkes linker Gewerkschafter/innen
Hermann Dierkes, Thomas Keuer, Erkan Kocalar, Ingrid Kolbe, Dieter Uhlenbruch

Duisburg, 18. Januar 2008



Sachsen-Anhalt: „ Tarifrunde 2008 und der Mindestlohn am Bau“

Die Neuformierung der Arbeitsgemeinschaft Betrieb und Gewerkschaft innerhalb der neuen Partei DIE LINKE hat auch in Sachsen-Anhalt zu mehr Zuspruch geführt. Viele aktive GenossInnen und GewerkschafterInnen wollen an gewerkschaftlichen Positionierungen in unserem Landesverband mitarbeiten. Inzwischen haben sich 55 Mitglieder in unsere Landesarbeitsgemeinschaft eingetragen. Mit unserer Arbeitsplanung haben wir uns darauf verständigt, gewerkschaftspolitische Positionen in unseren Landesverband zu tragen und gemeinsam mit den Gewerkschaften vor Ort für soziale Veränderungen in Sachsen-Anhalt einzutreten. Dazu wollen wir uns vierteljährlich treffen und jeweils ein gewerkschaftlich relevantes Thema öffentlich diskutieren.

Am 26.04.2008 haben wir unser erstes öffentliches Treffen zum Thema „Ist der Postmindestlohn die Lösung für die Beschäftigten der Post?“ angeboten. Wir konnten dazu den ver.di Fachbereichsleiter Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen, Andreas Wiedemann, gewinnen, der in seinem Vortrag für Verständigung mit dem Thema sorgte und anschließend in einer sehr intensiven Diskussion auch weitere Fragen beantwortete. Der anwesende Teilnehmerkreis war begeistert. Fragen zur Tarifeinheit und Tariftreue, sowie zum Auslaufen des Briefmonopols und dessen Hintergründe und welche Möglichkeiten haben Gewerkschaftsmitglieder bei der Entwicklung von Gegenstrategien anhand der Einführung des Postmindestlohns u.a. debattiert. Nicht ganz ausreichend wurde aus meiner Sicht der Frage nachgegangen, ob kleinere Gewerkschaften, die an Schaltstellen agieren, wie z.B. die Lokführer, für ihre Einkommen eigenständig eintreten oder sogar Streiken dürfen. Für diese nicht ganz

einfache Frage müssen wir uns in einem der nächsten Treffen mehr Zeit nehmen.

Im zweiten –internen- Teil der Beratung haben wir uns eine eigene Satzung gegeben.

Entsprechend unserer Arbeitsplanung, die eine Betriebs- und Personalrätekonferenz vorsieht, wurde eine Arbeitsgruppe gebildet, die für die nächste Sitzung ein Konzept zur Umsetzung vorlegen wird. Unser nächstes Treffen wird am 26.04.2008 sein. Im öffentlichen Teil wollen wir uns über die Anforderungen und Aufgaben in Verbindung mit der Tarifrunde 2008 verständigen. Dazu haben wir den Geschäftsführer für Sachsen-Anhalt und Thüringen Peter Schulze von der IG BAU zum Thema „ Tarifrunde 2008 und der Mindestlohn am Bau“, eingeladen. Auch zu diesem Thema hoffen wir auf ein breites Interesse.

Edeltraud Rogée

Sprecherin der Landes AG B&G



Wien: Mindestlohn in ganz Europa

Treffen des GewerkschafterInnennetzwerks der ELP

Das Netzwerk der GewerkschafterInnen in und bei der Partei der Europäischen Linken führte am 1./2. Februar 2008 sein drittes Treffen auf Einladung der GewerkschafterInnen der KPÖ in Wien durch.

Vor den TeilnehmerInnen aus 11 Ländern stand eine wichtige Aufgabe. Der Vorstand der ELP hatte die Entscheidung wie die Positionierung zu einem europäischen Mindestlohns sein sollte auf das GewerkschafterInnennetzwerk übertragen.

Der Hintergrund war offensichtlich, dass es im Vorstand keine Einigung gegeben hatte. Erst in der Debatte wurde klar, dass nicht etwa die GenossInnen aus Skandinavien Probleme mit einem Mindestlohn haben wie vermutet werden konnte, sondern die Widerstände vor allem aus Italien kamen. Dafür aber ziemlich massiv.

Die GewerkschafterInnen haben das Problem gelöst. Die einstimmig angenommene Resolution spricht sich für Mindestlöhne in allen Ländern Europas aus, die in Ein-

klang mit der Sozialcharta der EU mindestens 60% des Durchschnittsverdienstes des jeweiligen Landes betragen, oder aber für Allgemeinverbindlichkeitserklärungen von Tarifverträgen, wenn diese mindestens dieses Kriterium erfüllen.

Herbei muss man wissen, dass es auf der ELP-Ebene nur Beschlüsse im Konsensverfahren gibt und Lösungen über Mehrheitsentscheidungen nicht möglich sind.

Gleichwohl haben wir jetzt für die ELP als Ganzes nicht nur hinsichtlich des Mindestlohns, sondern auch hinsichtlich Arbeitszeit, des Streikrechts usw. verbindliche Positionen formuliert.

Das nächste Treffen des Netzwerkes soll im Oktober 2008 in Barcelona stattfinden.

Für die Zeit zwischen den Treffen des Netzwerkes wurden drei KoordinatorInnen benannt : *Nuria Lozano-Montoya* (Vereinigte Linke –Alternative – Katalonien), *Bent Gravesen* (Sozialistische Volkspartei Dänemark) und *Gerald Kemski* (DIE LINKE).

Gerald Kemski

Resolution des GewerkschafterInnennetzwerkes in und bei der Partei der Europäischen Linken

Soziale Mindeststandards in Europa durchsetzen

Der Kapitalismus als System kennt keine Untergrenze für die Bezahlung der menschlichen Arbeitskraft. Gleichzeitig ist das kapitalistische System immer wieder bestrebt, die Arbeitszeit der abhängig Beschäftigten ins Unermessliche auszudehnen.

Die Präkarisierung der Arbeitsverhältnisse schreitet in nahezu allen Ländern Europas voran.

Besonders betroffen von Sozial- und Lohndumping sind Frauen und Migrantinnen und Migranten.

Aus diesem Grund halten wir es als Netzwerk linker Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter in und bei der Partei der Europäischen Linken für absolut notwendig, als einen ersten Schritt einige soziale Mindeststandards durchzusetzen.

Wir fordern die Linksfraktion im EU-Parlament und die Partei der Europäischen Linken auf, diese Forderungen zu unterstützen. Wir selbst werden in unseren Parteien und Gewerkschaften für die Realisierung dieser Positionen eintreten.

Mindestlöhne

Wir sind für die Einführung gesetzlicher Mindestlöhne oder für die Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Tariflöhnen in kollektiven Vereinbarungen in allen europäischen Ländern. Dieser verbindliche gesetzliche Mindestlohn muss im Einklang mit der Sozialcharta der EU mindestens 60 % des Durchschnittsverdienstes des jeweiligen Landes betragen, auch für Migrantinnen und Migranten sowie so genannte Gastarbeiterinnen und Gastarbeiter.

Wir kämpfen für Mindestlöhne, die deutlich über der jeweiligen Armutsgrenze in jedem EU-Land liegen.

Mindestlöhne garantieren allen Arbeiterinnen und Arbeitern ein Leben in Würde. Sie haben einen starken sozialpolitischen Aspekt, sie sichern das Recht auf hohe Qualitätsstandards in Bildung, öffentlichem Gesundheitsdienst und anderen sozialen Dienstleistungen.

Arbeitszeit

Die gesetzliche Höchstarbeitszeit in der Woche darf 40 Stunden im Durchschnitt nicht überschreiten. Alle Arbeitszeitregelungen der EU sowie die nationalen Arbeitszeitregelungen müssen entsprechend geändert werden. Wir kämpfen für eine europaweite 35-Stunden-Woche, wie ETUC und die jeweiligen nationalen Gewerkschaften in ihrem Programm haben.

Rente

Generell sind wir für das Renteneintrittsalter von 60 Jahren. Nationale Regelungen die ein früheres Renteneintrittsalter ermöglichen sind zu verteidigen.

Alle Regelungen, die eine wie auch immer geartete Verlängerung der Lebensarbeitszeit beinhalten, lehnen wir ab. Wir kämpfen für angemessene öffentlich gesicherte Renten für alle, die über der jeweiligen Armutsgrenze in jedem europäischen Land liegen.



Betriebliche Interessenvertretung der abhängig Beschäftigten

Das Kapital agiert europaweit. Die Konzernstrategien kennen keine Ländergrenzen. Daher ist es erforderlich, die betriebliche Interessenvertretung der abhängig Beschäftigten auf europäischer Ebene zu fördern. Europa-Betriebsräte sind dazu ein geeignetes Mittel.

Streikrecht

Das ungehinderte Streikrecht der Gewerkschaften, einschließlich des politischen Streiks und die freie Entfaltung unabhängiger Gewerkschaften ist in allen Ländern Europas zu gewährleisten. Unser Netzwerk ist in alle Bereiche gewerkschaftlicher Aktivitäten eingebunden, die für das Recht auf europaweite Streiks zu Themen und Auseinandersetzungen kämpfen, die allgemein alle Arbeiterinnen und Arbeiter, Arbeitslose, Jugendliche, Frauen und Immigranten in Europa negativ beeinflussen.

Zukunft für die Jugend

Alle jungen Menschen in Europa brauchen das Recht auf eine Arbeit, die ihnen gute Lebensbedingungen und eine angemessene Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben ermöglicht. Um dieses Ziel zu verwirklichen, brauchen junge Menschen die Möglichkeit, Zugang zu einem kostenlosen Studium in hoher Qualität oder zu einer Ausbildung. Junge Menschen brauchen keine Schmalspurausbildung. Für die junge Generation betrifft Prekarität alle Aspekte des Lebens.

Gesundheit und Sicherheit

Wir unterstützen die Beschlüsse des EL-Kongresses in Prag.

Wir müssen die Pläne und Vorschläge unseres Netzwerkes für die Europa-Kampagne (Europäische Karawane) der EL gegen Prekarität, unsichere Beschäftigung und Flexicurity beschreiben. Wir müssen ebenfalls Seminare für das nächste europäische Sozialforum in Schweden vorschlagen.

Wien, den 2. Februar 2007

Termine

Bundestreffen:

21.-22.06.08 in Kassel
27.-28.09.08 in ???
22.-23.11.08 in Fulda

in den Bundesländern

12.04.08 in Dortmund (Nordrhein-Westfalen)
17.04.08 in Wermelskirchen (Saarland)
26.04.08 in Magdeburg (Sachsen-Anhalt)

Kontakte

BundessprecherInnenrat:

Barbara Borchardt	info@barbara.borchardt.de
Susanne Danowski	su.dan@online.de
Hasso Ehninger	ehinger.hasso@web.de
Gerald Kemski	gerald.kemski@t-online.de
Heidi Kloor	heidi.kloor@googlemail.com
Mike Lätzsch	Confliktcontor@aol.com
Marko Röhrig	attaci@gmx.de
Sabine Wils	Sabine.Wils@hamburg.de

Gewerkschaftspolitische SprecherInnen

Heidi Scharf	heidi.scharf@die-linke.de
Michael Schlecht	michael.schlecht@die-linke.de

Bundesgeschäftsstelle DIE LINKE,

Ansprechpartnerin für die AG Betrieb & Gewerkschaft
Jutta Nitsche jutta.nitsche@die-linke.de

Landes-AGen

Baden-Württemberg	mail@stefandreher.de
Bayern	betriebundgewerkschaft@die-linke-bayern.de
Berlin	ag.bug@die-linke-berlin.de
Brandenburg	su.dan@online.de
Bremen	
Ingo Tebje	itebje@uni-bremen.de
Werner Fey	sputnik-syndikat@arcor.de
Hamburg	
Elisabeth Baum	baum-aecp@superkabel.de
Regine Brüggemann	REGINE-BRUEGGEMANN@t-online.de
Hessen	
Renate Bastian	bastian.renate@gmx.de
Hermann Schaus	schaus4@t-online.de
Mecklenburg-Vorpommern	
Jörg Böhm	j.boehm@gmx.de
Niedersachsen	
Agnes Hasenjaeger	h.agnes@gmx.de
Manfred Sohn	Drmaso@t-online.de
Nordrhein-Westfalen	DIE_LINKE.AG@betriebundgewerkschaft-nrw.de
Rheinland-Pfalz	
Martin Klein	roterwanja@aol.com
Saarland	
Gabriele Ungers	gabriele.ungers@web.de
Heike Kugler	kugler.heike@gmx.de
Sachsen	
Petra Miessbach	Petra.Miessbach@t-online.de
Karl Friedrich Zais	wkb.zais@t-online.de
Sachsen-Anhalt	
Edeltraud Rogée	edeltraud.rogee@t-online.de
Schleswig-Holstein	
Ernst Molkenthin	ErnestoPrimero@aol.com
Meenhard Smit	smit-meenhard@foni.net
Thüringen	
Sandro Witt	sandro.witt@gmx.de

IMPRESSUM:

„betrieb&gewerkschaft Intern“ wird an alle Aktiven der AG verschickt. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Partei Vorstand
der Partei **DIE LINKE**.
AG Betrieb&Gewerkschaft
Kl. Alexanderstr. 28
10178 Berlin

Telefon:
030/2 4 009 673

Fax:
030/ 24 009 480

E-mail:
ag.bg@die-linke.de

Redaktionsschluss:
14.03.2008

Verantwortlich:
BundessprecherInnenrat
DIE LINKE.
AG Betrieb&Gewerkschaft

www.betriebundgewerkschaft.de